Wirtschaft

Proteste gegen Abgaben und Kommissionen nehmen zu. Foto: CSN-Archiv

Hypothek für das Oberste Gericht

Urteil über Hypothekensteuer – Supremo stellt seinen eigenen Rechtsspruch in Frage

Madrid – sk. Der Oberste Gerichtshof (TS) hat eine Rolle rückwärts gemacht und sein eigenes Urteil in Frage gestellt. Erst entschied das Tribunal Supremo in einem bahnbrechenden Urteilsspruch zugunsten von Hauskäufern, dass die Bank – und nicht wie bisher der Kunde – die Steuern für die notarielle Beurkundung der Hypotheken abführen muss. Hauskäufer jubelten, die Börsenkurse der Banken aber brachen teilweise um mehr als sieben Prozent ein. Und nur 24 Stunden später kündigte das Gericht eine Überprüfung seiner eigenen Entscheidung an. Dieses Ergebnis wird für Freitag, 5. November, erwartet.

Die Kapriole hat weite Kreise gezogen: Gerichte setzten Urteilssprüche über Abgabenstreitigkeiten mit Banken erst einmal aus, Banken ignorierten das erste Urteil und belasteten ihre Kunden weiterhin, über Online-Plattformen zahlreicher Kreditinstitute ließen sich Hypotheken simulieren, aber nicht abschließen. Banken, Notare und Gerichte klagten über die Rechtsunsicherheit, Verbraucherschutzverbände riefen zu Kundgebungen auf.

Die zweite Kammer für Verwaltungsstreitigkeiten des Obersten Gerichtshofs will sich erneut mit der Frage befassen, da das Urteil „enorme wirtschaftliche und soziale Auswirkungen“ nach sich zieht, teilte Kammer-Präsident Luis María Díez-Picazo mit. Die Ratingagentur Moody’s schätzte, dass eine solche Entscheidung bei den zu erwartenden Rückforderungen eine Belastung von mindestens vier Milliarden Euro bedeuten könnte. Der Verband zum Schutz der Bankkunden (Asufin) sprach sogar von über 30 Milliarden Euro. Zumal der Spruch auch rückwirkend zur Anwendung kommen könnte.

Entscheidung am 5. November

Nun hat das Urteil bis 5. November erst mal keine rechtliche Wirkung. Rechtsberater warnen Kunden davor, bis dahin Verträge mit Klauseln zu unterschreiben, die womöglich spätere Rückforderungsansprüche für Immobilienkäufer ausschließen. In Spanien werden pro Monat im Schnitt 40.000 Hypotheken abgeschlossen. Presseberichten wie etwa von „El País“ zufolge halten alle großen Bankinstitute an der bisherigen Praxis fest und wollen Kunden weiterhin mit der umstrittenen Abgabe belasten – bis zu einer anderslautenden Veröffentlichung im offiziellen Amtsblatt BOE.

Die Geldinstitute ließen auch durchblicken, dass sie selbst bei einem Urteil zugunsten der Kunden die entstehenden Verluste durch Erhöhungen kompensieren würden. Im Gespräch scheint eine Erhöhung des Differentials zum Leitzins Euribor. Die Rechnung würden letztendlich die Kunden bezahlen.

Der Oberste Gerichtshof hatte in seinem ersten Urteil argumentiert, an der Beurkundung eines Kreditvertrags sei das Geldhaus für den Fall eines Ausfalls der Rückzahlungen interessiert. Daher sei es nicht nachvollziehbar, dass der Kunde dafür zahlen müsse.

Ursachen der Finanzkrise

Untersuchungsausschuss macht Zentralbank und fehlende Kontrolle verantwortlich

Madrid – sk. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss über die Ursachen der Finanzkrise hat nach eineinhalb Jahren seine Ergebnisse vorgestellt. Abgeordnete von Volkspartei, Sozialisten, Ciudadanos und baskischen Nationalisten (PNV) machen das Scheitern der Kontrollorgane für die Krise verantwortlich. Sie fordern, dass die Zentralbank Banken, Versicherungen und an der Börse vertretenen Unternehmen überwacht. Ferner müsse das Kartellamt CNMV die Finanzmärkte kontrollieren und die Zwischenhändler sowie den Handel mit Finanzprodukten.

Die Politiker bezogen sich dabei auf das Kontrollmodell Twin Peaks und plädierten, die Rollen der beiden obersten Kontrollorgane neu zu überdenken.

So sollte die Zentralbank für die Solvenz der Banken und der bis dato unter Aufsicht des Wirtschaftsministeriums stehenden Versicherungen zuständig sein, das CNMV für das Gebahren der Finanzmärkte und den Umgang mit seinen Produkten. Ferner müsste sich die Transparenz der Banken, die Unabhängigkeit der Kontrollorgane und die Festlegung der Verantwortung der Verwaltungen und Kontrolleure verbessern.

Die Kommission kam zum Schluss, dass die damalige sozialistische Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero grobe Fehler im Krisenmanagement beging.

meldungen

Feiertage im kommenden Jahr

Madrid – sk. Die acht nationalen Feiertage fallen 2019 so, dass spanienweit nur ein langes Brückenwochenende um Mariä Himmelfahrt (15. August) herausspringt. Allerheiligen am 1. November und der Verfassungstag am 6. Dezember fallen 2019 auf einen Freitag. Feiertage sind Neujahr, Karfreitag am 19. April, der 1. Mai, 15. August, der Nationalfeiertag am 12. Oktober (Día de la Hispanidad), der 1. November, 6. Dezember und der 24. Dezember. Der Dreikönigstag (6. Januar) und der Inmaculada-Feiertag am 8. Dezember fallen auf einen Sonntag, weshalb Murcia und Andalusien am 7. Januar einen regionalen Feiertag einlegen. An Ostern ruht in Valencia vom Freitag, 19. bis Montag, 22. April, die Arbeit, in Andalusien und Murcia bereits ab Donnerstag, 19. April. In Valencia ist erstmals San Juan am 24. Juni ein Feiertag, und auch während der Fallas ist am 19. März frei.

Schufa-Liste für Seguridad Social

Madrid – sk. Die Seguridad Social will in einer Liste Unternehmen aufführen, die ihre Sozialabgaben nicht zahlen. Damit will die Sozialversicherung dem Beispiel der Steuereinzugsbehörde Agencia Tributaria folgen, die eine Schufa-Liste von Steuersündern mit Schulden ab einer Million Euro seit 2005 jeden Juni veröffentlicht. Dafür ist eine Gesetzesänderung notwendig. Seguridad-Social-Leiter Octavio Granado machte die Pläne bekannt, als er auf die prekäre Finanzlage hinwies. Aufgrund niedriger Löhne würden die Abgaben für neue Anstellungen im Schnitt 45 Prozent unter Rentenniveau liegen. 2017 nahm die Seguridad Social etwa zehn Milliarden Euro ein – was dem Niveau von 2011 entsprach –, musste aber 19 Milliarden Euro ausgeben.

Spanier sparen zu wenig

Madrid – sk. Das Kartellamt CNMV warnt vor einer gefährlichen Entwicklung für die Volkswirtschaft in Spanien. Die Bevölkerung spare zu wenig, sei verschuldet und binde das Familienvermögen an den Hauskauf.